

**Friedrich Schorb**

## **IN FORM – Nachhaltig fit und schlank für den Standort Deutschland?**

Der deutsche Nationale Aktionsplan IN FORM wurde 2008 mit dem Ziel verabschiedet, Fehlernährung und Bewegungsarmut zu bekämpfen, um so der kollektiven Gewichtszunahme und den mit ihr assoziierten Gesundheitsgefahren etwas entgegenzusetzen und damit langfristig sowohl das deutsche Gesundheits- und Sozialsystem als auch die Produktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschlands zu gewährleisten. „Denn“, so heißt es in der Präambel von IN FORM „Gesundheit ist nicht nur ein individueller Wert, sondern eine Voraussetzung für Wohlbefinden, Lebensqualität und Leistung, ein Wirtschafts- und Standortfaktor, die Voraussetzung für die Stabilität des Generationenvertrags und sie leistet einen Beitrag zur Teilhabe an der Gesellschaft und zur sozialen Gerechtigkeit.“ (BMELV/BG 2008: 7)

Die Wahrnehmung von Bewegungsmangel und Fehlernährung und der daraus vermeintlich resultierenden Gewichtszunahme als einem politischen Problem ist eine relativ neue Entwicklung. Sie geht maßgeblich auf die Rahmung von Adipositas als einer Epidemie durch die Weltgesundheitsorganisation zurück. 1997 wurden Übergewicht und Adipositas durch die Weltgesundheitsorganisation WHO als erste nichtinfektiöse Gesundheitsstörung überhaupt in den Stand einer Epidemie erhoben. Mit dieser Benennung ging die globale Vereinheitlichung der Grenzwerte auf BMI-Werte von 25 für Übergewicht und BMI 30 für Adipositas einher. Diese Vereinheitlichung bedeutete für viele Länder faktisch eine Absenkung der bestehenden nationalen Grenzwerte, gleichzeitig bildete sie die Voraussetzung für die globalen Schätzungen der Betroffenheit von Übergewicht und Adipositas, die, in Kombination mit der Deutung des globalen Gewichtsanstiegs als gravierendem Gesundheitsproblem, einen entscheidenden Beitrag für die Wahrnehmung von Adipositas als Epidemie leistete. Neben der Vereinheitlichung respektive Absenkung der Grenzwerte beinhaltete die Rahmung von Adipositas als einer Epidemie aber auch die Deutung der Ursachen der Gewichtszunahme als Folge von adipositasverursachenden (adipogenen) Umweltbedingungen. Diese Deutung wiederum ermöglichte es, die kollektive Gewichtszunahme in Industrie- und Schwellenländern als ein gesellschaftliches Phänomen und damit als ein politisches Problem zu rahmen.

In Folge der Beschreibung von Adipositas als Epidemie durch US-Amerikanische Epidemiologinnen und Epidemiologen ab Mitte der 1990er Jahre und der Orchestrierung dieser Wahrnehmung durch die WHO ab Ende der 1990er Jahre gelangte der Adipositas-Epidemie-Diskurs nach Europa. Dass es sich dabei um ein importiertes Phänomen handelt, zeigen die maßgeblichen Dokumente (Originalstudien, Reporte und Monographien), auf die sich der Adipositas-Epidemie Diskurs in Deutschland und Europa bezieht.

Ab Mitte der 2000er Jahre verstärkt sich die Diskussion um staatliche Eingriffe im Kampf gegen die Adipositas-Epidemie. Im April 2004 stellte das britische Unterhaus einen Parlamentsbericht vor, der weitgehende Maßnahmen im Kampf gegen die Adipositas-Epidemie forderte.

## *Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln – Strategien der Gesundheitsförderung*

Mittwoch und Donnerstag, 6. und 7. März 2013 in der Technischen Universität Berlin

Im Juni 2004 folgte die Regierungserklärung: „Eine neue Ernährungsbewegung für Deutschland“ der damaligen Verbraucherschutzministerin Renate Künast, die sich in weiten Teilen, bis hin zu den zitierten Fallbeispielen, auf das britische Vorbild berief.

Nach der Abwahl der rot-grünen Bundesregierung im Herbst 2005 verlor das Thema in der deutschen Politik zunächst an Bedeutung. Dies änderte sich als im Mai 2007 die deutsche Bevölkerung kurzzeitig als die dickste in Europa galt. Auch wenn sich diese Behauptung in der medialen Nachbesprechung nicht halten ließ, gelangte das Thema auf diese Weise wieder auf die politische Agenda. In der Folge wurde der politische Handlungsdruck so groß, dass der damalige Verbraucherschutzminister Horst Seehofer sich veranlasst sah, ein Eckpunktepapier für einen Nationalen Aktionsplan zu präsentieren. 2008 schließlich wurde der Nationale Aktionsplan IN FORM durch die Bundesregierung verabschiedet.

Im internationalen Vergleich sind sowohl die Ausgaben als auch die Maßnahmen, die im Nationalen Aktionsplan IN FORM vorgeschlagen werden, als maßvoll zu bezeichnen. Maßnahmen, die den Konsum oder die Produktion von Lebensmitteln, die als mitverantwortlich für die Adipositas-Epidemie angesehen werden, einschränken, finden sich im Nationalen Aktionsplan IN FORM nicht: viel mehr wird das Phänomen als eines gerahmt, dass vor allem durch eigenverantwortliches Handeln der Betroffenen gelöst werden soll. Unmissverständlich betont der Nationale Aktionsplan IN FORM, dass die Verantwortung für das Problem nicht bei der Regierung oder der Industrie gesucht werden dürfe, sondern durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gelöst werden müsse. Folgerichtig heißt es in der Präambel des Nationalen Aktionsplans IN FORM.

„Für jede Bürgerin und jeden Bürger ist es in Deutschland grundsätzlich möglich, gesund zu leben, sich insbesondere eigenverantwortlich gesund zu ernähren und ausreichend zu bewegen. Dennoch nehmen in Deutschland und in den meisten Industrienationen Krankheiten zu, die durch eine unausgewogene Ernährung und zu wenig Bewegung begünstigt werden. Das bedeutet, dass nicht alle Menschen in der Lage oder willens sind, diese bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. Daher ist es erforderlich, die Kenntnisse über die Zusammenhänge von ausgewogener Ernährung, ausreichender Bewegung und Gesundheit weiter zu verbessern, zu gesunder Lebensweise zu motivieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wahrnehmung der Verantwortung jeder Einzelnen und jedes Einzelnen für die eigene Gesundheit und die der Familie fördern.“ (BMELV/BG 2008: 7)

Es gibt im gegenwärtigen Diskurs zwei idealtypische Antworten auf das Problem, dass offensichtlich „nicht alle Menschen willens oder in der Lage sind“, gesund zu essen, respektive schlank zu bleiben: Die adipogene Umwelt – und dabei maßgeblich die Produkte der Lebensmittelindustrie – müssen verteuert und der Zugang zu ihnen eingeschränkt werden: oder die Eigenverantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten muss durch Sanktionierungen, beispielsweise bei den Krankenkassenbeiträgen oder den Zugang zu Gesundheitsleistungen, gesteuert und gelenkt werden.

Die Gesundheitswissenschaften sollten sich nicht länger mit der Diskussion um diese scheinbaren Alternativen, die entweder auf Viktimisierung durch Schuldzuweisungen oder auf

*Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln –  
Strategien der Gesundheitsförderung*

Mittwoch und Donnerstag, 6. und 7. März 2013 in der Technischen Universität Berlin

Viktimisierung durch Paternalisierung hinauslaufen, aufhalten. Einer emanzipativen Gesundheitswissenschaft sollte es viel mehr darum zu tun sein, Bedingungen zu schaffen, in denen es möglich ist, ohne Angst vor Sanktionen verschieden sein zu dürfen, Bedingungen, in denen andere Orientierungen als die Steigerung der Lebenserwartung und Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen legitim sind, Bedingungen, in denen rigide Moralvorstellungen und Schönheitsideale beim Namen genannt werden und sich nicht länger hinter Mortalitäts- und Morbiditätstatistiken verstecken können, Bedingungen, in denen Empowerment und Gesundheitsförderung nicht länger Euphemismen für die mehr oder weniger sanft angeleitete Übernahme vorgefertigter Verhaltensmuster sind und schließlich Bedingungen, unter denen es denkbar wird, dicke Körper nicht länger nur als Belastung und Bedrohung, sondern endlich auch als Teil der gesellschaftlichen Diversität wahrzunehmen.

**Friedrich Schorb**

Universität Bremen

**Kontakt:**

Universität Bremen

Institut für Public Health und Pflegeforschung

Grazerstr. 2

28201 Bremen

Tel: +4942121868843

[schorb@uni-bremen.de](mailto:schorb@uni-bremen.de)

[www.ipp.uni-bremen.de/homepages/schorb/index.php](http://www.ipp.uni-bremen.de/homepages/schorb/index.php)

Literatur / Quellen:

BMELV/BG (2008): IN FORM–Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung. Bundesministerium für Ernährung. Berlin

Weitere Literatur beim Autor